

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 31. Januar 2003

Stiftung Marktwirtschaft: „Keine Verlängerung der Legislaturperiode ohne ein Mehr an direkter Demokratie!“

Wer die Demokratie ernst nimmt, muß auch den Wähler ernst nehmen

Die geplante Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie mit einer Stärkung der direkten Demokratie verbunden wird, so das Urteil von Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. „Daß Wahlen die Politiker bei der Arbeit stören, ist in der Demokratie erwünscht, damit die Bürger über die Richtung der Politik entscheiden können. Das ist es doch gerade, was die Demokratie von anderen Staatsformen unterscheidet!“

Die zuständigen Politiker aller Bundestagsfraktionen sind sich nach Presseberichten einig, daß schon die nächste Legislaturperiode fünf statt bisher vier Jahre dauern soll. Begründet wird dieses Vorhaben damit, daß bei vier Jahren zwischen den Wahlkämpfen kaum Zeit bleibt für die parlamentarische Arbeit.

„Diese Tendenz kann aber gefährlich sein“, glaubt Lüder Gerken. „Mit dem Argument, man brauche mehr Zeit, um unabhängig von Wahlkämpfen Politik machen zu können, könnte man die Legislaturperiode auch auf 10 oder 20 Jahre verlängern oder gar Abgeordnete auf Lebenszeit ernennen. Warum überhaupt noch wählen, wenn doch die Wahlen die Politiker nur bei ihrer Arbeit stören...“ Tatsächlich, so die Stiftung Marktwirtschaft besteht in Deutschland das Problem des ständigen Wahlkampfes - aber nicht wegen der Häufigkeit der Bundestagswahlen, sondern wegen der Landtagswahlen, die über den Bundesrat Rückwirkungen auf die Bundespolitik haben. „Wichtiger als eine Verlängerung der Wahlperiode wäre eine Entflechtung des föderalen Systems.“

Richtig ist nach Auffassung der Stiftung Marktwirtschaft: Eine Verlängerung der Legislaturperiode kann wegen der notwendigen Einarbeitungszeit der parlamentarischen Gremien, aber auch der einzelnen Abgeordneten sinnvoll sein. Allerdings verringert sich dadurch die Kontrolle der Politiker durch die Bürger, die eine Demokratie auszeichnet. „Parallel zu einer Verlängerung der Legislaturperiode müßten daher die Bürger andere Kontrollmöglichkeiten erhalten, damit die Politik sich nicht noch weiter von den Sorgen der Bürger entfernt.“ Deshalb fordert Lüder Gerken: „Der ursprüngliche Plan, die Verlängerung der Legislaturperiode und die Einführung von Elementen der direkten Demokratie gleichzeitig zu beschließen, sollte unbedingt beibehalten werden.“

(83 Zeilen à 40 Anschläge)

Möchten Sie mehr wissen?

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung. Ansprechpartnerin ist Katrin Schnettler, erreichbar unter (030) 206057-33 oder unter schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de.

Unsere Vorstellungen zur direkten Demokratie können Sie nachlesen auf unseren Internet-Seiten unter www.frankfurter-institut.de/Dokumente/Argument68.pdf.

Wir geben der Marktwirtschaft eine Stimme!

Stiftung Marktwirtschaft, Charlottenstr. 60, 10117 Berlin